



LUKAS MENKHOFF

IWF-Stimmrechtsverteilung: Zeit für Europa umzudenken

Lukas Menkhoff ist Senior Researcher in der Abteilung Makroökonomie des DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Mit dem überraschenden Rücktritt der Vizedirektorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Gita Gopinath, und der voraussichtlichen Neubesetzung des Postens durch die USA kommen alte Konflikte um die Macht im IWF auf die Tagesordnung. Die Entwicklungs- und Schwellenländer fordern seit Jahrzehnten eine stärkere Beteiligung. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und weitere) haben dies auf ihrem letzten Treffen aufgegriffen und einen eigenen Vorschlag gemacht, der ihren Einfluss stärken soll. Jetzt meldet sich die US-Regierung und möchte ihrerseits den Einfluss ausweiten. In diesem Gerangel sind die Europäer*innen kaum zu hören, zumal sie beim IWF nicht als Europäische Union, sondern als Einzelstaaten auftreten.

Der Hebel für Macht im IWF sind die dortigen Stimmrechte. Diese werden nach einer komplizierten Formel verteilt, die die wirtschaftliche Größe der Länder reflektiert. Letztlich profitieren von dieser Formel vor allem die westlichen Industrieländer, allen voran Europa. Allein Deutschland hat mit einem Anteil von 5,3 Prozent das gleiche Stimmrecht wie alle 55 afrikanischen Länder zusammen mit geschätzt 1,7 Milliarden Menschen schon im Jahr 2030. Das zieht den nachvollziehbaren Unwillen des Globalen Südens auf sich.

Die Vereinten Nationen (UN) hatten bereits 2023 einen Vorschlag formuliert, der auch eine geänderte Verteilung der Stimmrechte beinhaltet. Da in UN-Gremien jedes Land eine Stimme hat, wird diese Stellungnahme von den Interessen kleinerer und ärmerer Länder dominiert. Der BRICS-Vorschlag plädiert wie der UN-Vorschlag dafür, dass die Stimmrechte zu einem größeren Teil als bisher gleich verteilt werden, so dass auch kleine Länder mehr Gewicht bekommen. Die Hauptverteilung der Stimmrechte, die die Größe der Länder spiegelt, soll dem Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparität gerechnet folgen. Letzteres nützt vor allem den größeren Schwellenländern.

Dass nun die USA noch mehr Macht im IWF fordern, ist Wasser auf die Mühlen der Schwellenländer. Die USA haben schon heute mit Abstand die meisten Stimmrechte, dadurch bestimmen sie den Ort des IWF, verfügen als einziges Land über ein

faktisches Veto und besetzen bisher immer die Vize-Position. Dies wird auch jetzt nach dem Rücktritt der Vizepräsidentin erwartet. Dass von der Trump-Administration ein Einlenken in Richtung der Entwicklungs- und Schwellenländer erfolgt, ist unter der „America first“-Politik nicht zu erwarten.

Umso wichtiger ist es nun, dass Europa und Deutschland ihr Interesse an einer multilateral geordneten Welt einbringen. Dabei kommt dem IWF als Institution, die bei währungspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Angelegenheiten Einfluss hat, eine wichtige Rolle zu. Diese kann der IWF aber nur ausüben, wenn er in der Welt anerkannt und glaubwürdig bleibt. Dazu muss seine Governance aber auch die tatsächlichen Gewichte in der Weltwirtschaft berücksichtigen.

Dass das westliche Europa immer noch rund ein Drittel der Stimmrechte kontrolliert und seit 1946 alle zwölf IWF-Chefs gestellt hat, entsprach vielleicht der Welt von vor 80 Jahren, aber heute ist es ein Anachronismus. Eine weltweit akzeptable Stimmrechtsanpassung wird also zur Folge haben, dass der europäische Einfluss massiv zurückgeht. Dies wird Europa aber hinnehmen müssen.

Deutschland und Europa sollten also proaktiv handeln, indem sie auf den UN-Vorschlag eingehen. Danach würden die kleineren Länder überall auf der Welt sowie die ärmeren und bevölkerungsreichen Länder deutlich an Gewicht gewinnen. Dafür muss Europa etwas aufgeben. Bisher waren Einigungen bei der Verteilung der Stimmrechte immer politische Kompromisse. Noch befindet sich Europa in der vergleichsweise komfortablen Lage, dass es „abgibt“. Damit hat es in Verhandlungen Einfluss, wie die Formel zur Stimmrechtsverteilung geändert wird, um auch eigene Interessen zu wahren.

Solch ein Vorgehen würde im Erfolgsfall die Lebensdauer des IWF als Hüter einer multilateralen Ordnung verlängern. Der Westen hätte dort immer noch eine starke Stellung.

Der Beitrag ist am 15. August 2025 in der Börsen-Zeitung erschienen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 27. August 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Mia Teschner, Clara Schäper

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).